

Ruth Waldmann wieder in den Landtag: es gibt noch viel zu tun!

Bei der letzten Landtagswahl haben Sie mich als einzige Vertreterin diesseits der CSU mit einem Direktmandat in den Landtag geschickt und damit dafür gesorgt, dass nicht ganz Bayern schwarz ist.

Seither setze ich mich vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik ein für die Belange, sowohl unserer Stadt und unseres Stadtviertels als auch auf den größeren landes- und bundespolitischen Ebenen: denn schließlich hängt ja alles zusammen und wir spüren viele Auswirkungen ganz unmittelbar bei uns vor der Haustür.

Als Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Gesundheit und Pflege liegt mir dabei vor allem eine gute und faire Gesundheitsversorgung für alle am Herzen. Gerade hier zeigt sich, dass die übergeordneten Planungen mit der Situation



vor Ort oft nicht zusammenpassen. So gilt einerseits die Ärzteversorgung der Stadt München in der Bedarfsplanung als übererfüllt, andererseits haben wir eine ungleiche Verteilung mit Haus- und Kinderärztinnen auf einzelne Stadtviertel. Im Olympiadorf herrscht, wie in weiten Teilen des Münchner Nordens, ein akuter Mangel an niedergelassenen Praxen, das gilt auch für die Physiotherapie.

Wir dürfen jedoch den Patienten und den Eltern mit kranken Kindern nicht zumuten, dass sie eine lange Anreise – meist in eher überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln – zum Arzt auf sich nehmen müssen. Gleichzeitig ist es auch den Ärztinnen in schlecht versorgten Gebieten nicht zumutbar, ständig am Rande der Belastungsgrenze zu arbeiten.

Weiterhin wirkt sich ein Mangel an niedergelassenen Praxen auch auf die Notfallambulanzen der Krankenhäuser aus, die dann oft überlastet sind.

Im Berliner Koalitionsvertrag steht, dass den Bundesländern künftig ein Mitspracherecht bei der Zuteilung von Arztsitzen eingeräumt werden soll zur Bekämpfung des Ärztemangels im ländlichen Raum. Dieses Instrument möchte ich ausbauen und für die Verteilung auch in den Ballungsräumen und bei uns in München nutzen.

Menschen würdig pflegen

Große Herausforderungen warten auch in der Pflege. Dabei geht es um zwei Säulen, die wir beide stärken müssen und die unterschiedliche Maßnahmen

Inhalt:

- Busbahnhof Olympiazentrum Seite 3
- Natascha Kohnen über Anstand Seite 4
- Landtagswahl
 - Bayerische Besonderheiten Seite 4
- Mit dem roten Koffer Seite 5
- Können wir von Flüchtlingen kulturelle Anpassung fordern? Seite 6
- Die Demo #ausgehetzt Seite 7
- Hilfe im Alt-Tag Seite 8
- Auch das ist Integration Seite 8
- Bürger*innengespräch, Infostand Seite 9
- Christina Hörl
 - aus dem Bezirkstag Oberbayern Seite 10
- Stefan Wasner
 - aus dem Bezirksausschuss 11 Seite 11
- Christine Strobl aus dem Rathaus Seite 12



erfordern: die Pflege zuhause und die professionelle Pflege in den Einrichtungen und Diensten.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken, bedeutet in erster Linie: Faire Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Dazu gehören eine verlässliche Einsatzplanung und eine personelle Mindestausstattung in Heimen und Krankenhäusern – nur mit mehr Personal kann man der Überlastung der einzelnen Pflegekräfte entgegenwirken. Zentral ist eine angemessene Bezahlung. Wir treten ein für einen Branchentarifvertrag mit einem menschlichen Gehalt für den menschlichen Dienst, den unsere Pflegekräfte leisten. Schließlich brauchen wir wirksame Kontrollen gegen Pflegebetrug, der vor allem in der rechtlichen Grauzone zwischen häuslicher und professioneller Pflege lauert.

Pflege findet keineswegs nur in den Heimen statt: 70 % aller Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt, davon zwei Drittel ausschließlich von Angehörigen. Sie sind damit der größte Pflegedienst der Nation, ohne sie würde das Pflegesystem erst recht kollabieren. Wir müssen die pflegenden Angehörigen bestmöglich unterstützen. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, ebenso wie Beratung, Information und Entlastung zum Beispiel durch Kurzzeitpflege.

Meist sind es Frauen, die sich um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern und deshalb gar nicht oder nur in Teilzeit arbeiten. Das führt zu sinkenden Renten und zu Altersarmut, von der ohnehin besonders Frauen betroffen sind. Ich trete ein für steuerlich finanzierte Lohnersatzleistungen, ähnlich dem Elterngeld und für eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente. Auch müssen pflegende Angehörige die Garantie haben, nach einer Auszeit oder Teilzeittätigkeit zugunsten ihrer Ange-

hörigen wieder in den Beruf zurückkehren zu können.

Unverzichtbar ist eine wohnortnahe verlässliche Beratung. In Bayern gibt es jedoch gerade einmal neun Pflegestützpunkte, obwohl seit Jahren eine flächendeckende Versorgung versprochen wurde: hier habe ich im Gesundheitsausschuss durchsetzen können, dass die Staatsregierung eine echte Bestandsaufnahme und ein Konzept vorlegen muss.

Nicht vergessen sollten wir, dass auch Kinder pflegebedürftig sein können (z. B. chronisch erkrankte Kinder oder Kinder mit Behinderung) und ihre Familien entsprechend Unterstützung brauchen. Und auch Kinder und Jugendliche sind in die Pflege von Angehörigen eingebunden und damit in einer besonderen Situation – hier brauchen wir entsprechend zugeschnittene Hilfsangebote, von denen es noch viel zu wenige gibt.

Dies sind nur einige der Themen, an denen ich gerne weiterarbeiten möchte. Dazu gehört natürlich auch die Vertretung der stadtviertelbezogenen Themen wie Verkehrsplanung im Münchner Norden, Unterstützung von Vereinen, Einrichtungen und Initiativen und ganz zentral die Unterstützung von Mieterinnen und Mietern. Ich bin nicht nur vor Wahlen für Sie da: In meinem Bürgerbüro biete ich seit Jahren Sprechstunden, regelmäßige kostenlose Mieterberatung, Schuldnerberatung und Künstlersozialberatung an: Mo – Do 10- 18 Uhr, Fr 10 – 14 Uhr, Belgradstr. 15a, 80796 München, Tel.: 3081313.

Der rote Koffer ist in all den Jahren zu meinem festen Begleiter geworden: darin sammle ich Ihre Themen und Anregungen für meine Arbeit im Landtag. Am meisten lernt man jedoch durch persönliche Begegnungen und Gespräche. Darum meine herzliche Einladung: Kommen Sie am

Samstag, dem 6. Oktober, in der Ladenstraße des Olympiadorfes zum Gespräch mit Bürger/innen mit mir und meinen Kolleginnen und Kollegen.

Und noch eine Bitte: Gehen Sie am 14. Oktober zur Wahl oder machen sie Briefwahl und erneuern Sie meinen Auftrag: Es gibt noch so viel zu tun!

**„Wohnungen gibt's genug!
Doch als Laie braucht man
ganz einfach jemanden,
der die Übersicht hat“**



Man kann sich natürlich Zeit lassen: jeden Tag die Zeitung studieren, viele Angebote prüfen, Preise vergleichen, auf das Traumobjekt hoffen - und dann doch nicht das richtige finden. Oder man wendet sich an den Experten, zu dessen Beruf es gehört, die Übersicht zu behalten:

Ihr  - Makler im Olympiadorf

Wir helfen Ihnen auf vielen Gebieten:

- ✓ Verkauf, Kauf und Miete von Immobilien
- ✓ Ermittlung des Marktpreises von Wohnungen, Häusern und Grundstücken
- ✓ Planung und Vermittlung von Finanzierungen

**Sicher können wir
auch Ihnen helfen.**

Besuchen Sie uns im Internet: www.oly24.de info@oly24.de
Mobiltelefon: 01728425192



Busbahnhof Olympiazentrum - Zurück auf Start

Es hätte alles gut werden können: Mit dem Grundsatzbeschluss hat sich der Stadtrat im Juli 2016 dafür ausgesprochen, den nicht mehr benötigten Busbahnhof landschafts- und bestandsorientiert weiter zu planen. Das Planungsreferat sollte hierfür die Varianten Besucher-Informationszentrum, Grüner Auftakt und Mobilitätsstation vertieft untersuchen und Planungskonzepte entwickeln. Planungskonzepte, die eine massive Bebauung des ehemaligen Busbahnhofs vorsehen (Hotel, Studentenwohnen), werden nicht weiter verfolgt. Dann hat sich im Dezember 2017 der Aufsichtsrat der Olympiaparkgesellschaft dafür ausgesprochen, möglichst bis zum 50-jährigen Jubiläum des Olympiaparks ein Museum oder Ausstellungsflächen am Busbahnhof zu ermöglichen.

Aufbauend auf diesen Vorgaben, erarbeitete das Planungsreferat im April dieses Jahres einen Beschlussentwurf, in dem drei unterschiedliche Planungskonzepte entwickelt wurden:

- Besucher-Informationszentrum mit Ausstellung/Museum in den Varianten
Ausstellungshalle unter dem existierenden Dach
Ausstellungshalle als schwebender Block neben dem Tunnelbauwerk
Ausstellungshalle als Kubus auf dem Tunnelbauwerk
- Planungskonzept Wasserspiele Olympia
- Planungskonzept Mobilitätsstation Olympia

Diese Vorlage ist dem Bezirksausschuss zur Stellungnahme vorgelegt und von dem Gremium mit Stimmenmehrheit von CDU-Fraktion und Teilen der SPD-Fraktion - die SPD Mitglieder aus dem Olympiadorf haben für die Vorlage gestimmt - abgelehnt worden mit der Forderung, auf dem gesamten Areal die Errichtung eines Seniorenheimes zu prüfen. Auch die Bürgerversammlung des 11. Stadtbezirks schloss sich dieser Forderung an. Daraufhin hat der Stadtrat die Vorlage vertagt und um Stellungnahmen des Sozial- und Planungsreferates zu dem Standort für eine mögliche Senioreneinrichtung gebeten.

Und nun bleibt beim Busbahnhof in nächster Zeit alles so wie es ist: ein abweisender Ort am Hauptzugang für Besu-

cher des Olympiaparks, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen: Abgesperrt mit einem Bauzaun, mit abgestützten Dächern und von Unkraut überwuchert.

Die SPD Olympiadorf spricht sich nachdrücklich gegen den Bau eines Senioren-/Pflegeheimes am Busbahnhof aus. Dieser Ort ist für eine intensive Bebauung ungeeignet. Vielmehr sollte der Busbahnhof als Entree zum Olympiapark aufgewertet werden.

Der Vorstand der SPD hat sich im April mit den Vorschlägen des Planungsreferates auseinander gesetzt und nachfolgende Stellungnahme zum Eckdatenbeschluss des

Schwierigkeiten und ermöglicht auch genügend Ausstellungsfläche für ein Olympiamuseum. Diese Variante kann im weiteren Verfahren sicher noch optimiert werden.

2. Die Varianten „Schwebender Block“ und „Kubus“ finden keine Zustimmung. Sie sind unserer Meinung nach zu dominant und wählen das Museum als beherrschendes Thema. Das Entree des Olympiaparks tritt stark in den Hintergrund. Auf die ungeklärten planungsrechtlichen Fragen wird in der Vorlage bereits eingegangen.
3. Die Variante Mobilitätsstation halten wir für banal. Die Wasserspiele sind eine gute Idee, ob sie aber an dieser Stelle, direkt an der Lerchenauer Straße angenommen werden, ist fraglich.
4. Im geplanten Wettbewerb sollte auch der Nordeingang des U-Bahnhofes mit bearbeitet werden. Hier nur auf die Fahrradabstellanlage zu verweisen, ist nicht ausreichend. Zumindest sollte mit überlegt werden, wie der „versteckte Platz mit Brunnen“ in den Eingangsbereich zum Olympiadorf besser einbezogen werden kann und damit auch als Gestaltungselement mehr Bedeutung bekommt.

Planungsreferates vom April 2018 erarbeitet.

1. Von allen möglichen Varianten der Neugestaltung bevorzugen wir den Vorschlag des Planungsreferates „Besucher-Informationszentrum mit Ausstellungshalle unter dem existierenden Dach mit Untergeschoss“ (siehe Planungsskizze). Diese Variante lässt die größere Flexibilität für die spätere Nutzung zu, hat planungsrechtlich keine



Natascha Kohnen über Anstand

Landesvorsitzende der BayernSPD

Streit gehört zur Politik. Ohne Auseinandersetzung ist Demokratie tot. Und der politische Streit gehört auf die offene Bühne, ins Parlament und in die Medien. Nur wenn die unterschiedlichen Positionen



deutlich werden, können sich Bürgerinnen und Bürger ein Bild machen. Aber es gibt Grenzen für diesen Streit. Zunächst einmal sollte ein zivilisierter Umgang untereinander

der selbstverständlich sein. Im Streit von Söder und Seehofer mit der Kanzlerin sind die Umgangsformen leider oft auf der Strecke geblieben.

Zweitens muss die politische Auseinandersetzung auf Fakten basieren. In den USA passiert gerade das Gegenteil, wenn der US-Präsident offensichtlich Falschinformationen verbreitet. Die Gefahr besteht auch bei uns: Die Debatte um Flucht und Migration hat sich längst von den Fakten entkoppelt.

Drittens muss der Meinungsstreit in einer angemessenen Sprache geführt werden. Das heißt: in einer menschlichen Sprache. In der bayerischen Politik entgleist die Sprache viel zu oft: Seehofer sprach schon vor 2011 davon, sich gegen Zuwanderung „bis zur letzten Patrone zu wehren“. Söder spricht von „Asyltourismus“, während Menschen im Mittelmeer ertrinken. Wenn die Sprache verrotzt, verrotzt auch die Politik.

Und schließlich geht es um Ehrlichkeit. Politiker müssen die Menschen ernst nehmen. Erklären, was machbar ist und was nicht. Das heißt: keine unhaltbaren Versprechungen und keine Symbolpolitik – wie PKW-Maut, Obergrenze oder bayerische Grenzpolizei.

Demokratie ist nicht selbstverständlich. In einigen Ländern der westlichen Welt sind Rechtspopulisten dabei, die demokratische Ordnung zu zerstören. Das darf bei uns nicht passieren: Ein neuer politischer Stil ist eine Überlebensfrage für die Demokratie.

Aus „Vorwärts“ 07./08.2018

Landtagswahl - Bayerische Besonderheiten

Das bayerische Landtagswahlrecht weist im Vergleich mit allen anderen Bundesländern einige Besonderheiten auf. So treten die Parteien nicht landesweit mit einer Bayern-Liste an, sondern mit bis zu sieben selbstständigen Listen in den sieben Regierungsbezirken (Wahlkreisen): Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben.

Jeder Bürger hat zwei Stimmen: Mit der Erststimme wählt er in einem der insgesamt 91 Stimmkreise "seinen" Direktkandidaten. Sieger ist, wer die meisten Stimmen bekommt - die einfache Mehrheit reicht.

Die Zweitstimme gilt der Liste, ist aber stark personenbezogen: So wird nicht eine Partei oder Gruppierung insgesamt angekreuzt, sondern es kann ein einzelner Kandidat einer Partei ausgewählt werden - egal, auf welchem Platz er steht. Damit können die Wähler die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge auf den Listen gehörig durcheinanderwirbeln.

Für die Sitzverteilung im Landtag werden - auch das eine Besonderheit - Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt und nach

dem Grundsatz der Verhältniswahl in Mandate umgerechnet.

Anders als bei der Bundestagswahl, entscheidet also bei der Landtagswahl in Bayern auch die Erststimme maßgeblich über die Sitzverteilung mit.

Für die Wahl des Bezirkstages (bei uns Oberbayern) gilt übrigens dasselbe Prinzip.

Quelle: n-tv.de



Schneiderei
im Olympischen Dorf
Liane Wenzlik,
Nadistraße 137-17
Tel. 089-354 48 75
Änderungen aller Art
Neuanfertigung von Damen
bekleidung
Geschäftszeiten:
Di, Do 1000-1800; Mi, Fr. 1000-1630
Mo+Sa ab 1000; auf Anfrage bis 2000

Mit dem roten Koffer auf die nächste Reise

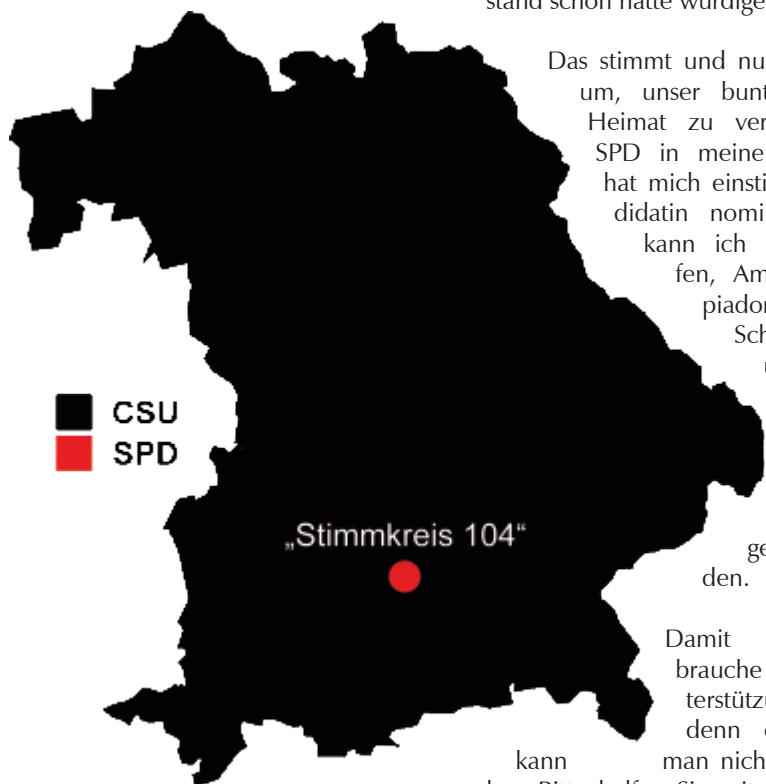
Aber Hallo! Ganz Bayern ist schwarz? Nein! Ein von unbeugsamen Wählern bevölkerter Stimmkreis hört nicht auf, Widerstand zu leisten...

Bayerischen Rundfunks darauf bestehen, dass unser Stimmkreis 104 München-Milbertshofen rot eingefärbt wird (bei Teutates!). Immerhin wurde von der Redaktion dann eingeräumt, dass „man diesen doch außergewöhnlichen Umstand schon hätte würdigen müssen“.

Das stimmt und nun geht es darum, unser buntes Fleckchen Heimat zu verteidigen. Die SPD in meinem Stimmkreis hat mich einstimmig als Kandidatin nominiert und so kann ich in Milbertshofen, Am Hart, Olympiadorf, Schwabing-Nord und Schwabing-West sowie Neuhausen mit der Erststimme direkt gewählt werden.

Damit das gelingt, brauche ich jede Unterstützung und Hilfe, denn echten Erfolg kann man nicht alleine erzielen. Bitte helfen Sie mit, damit Bayern nicht völlig schwarz wird und damit ich weiterhin an den nötigen Verbesserungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik arbeiten kann!

Ruth Waldmann, MdL



Als einzige Abgeordnete der SPD und sogar insgesamt der Opposition in Bayern, die mit einem Direktmandat in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, musste ich beim Magazin „Quer“ des

ALLES RUND UMS WOHNEN UND SICHERHEIT AUS EINER HAND

NEUES AUS DEM OLY-WERK:
Wir fahren Pakete per E-Lastenfahrrad aus. Wir rüsten Ihr Fahrrad auf E-Bike um. Wir verleihen unser E-Lastenfahrrad. Unser Bücher- und CD-Tisch zum Bringen, Mitnehmen, Tauschen und Spenden.

Helene-Mayer-Ring 15
80809 München
TEL. +49 (0) 89 . 35 09 59 00
WEB www.olympiawerk.de


OLYMPIAWERK

Können wir von Flüchtlingen kulturelle Anpassung fordern?

Flüchtlinge müssen sich an unsere Gesetze halten und das Grundgesetz respektieren - darüber sind sich alle einig. Aber sollen sie sich darüber hinaus auch an die Kultur unseres Landes anpassen, an ungeschriebene Regeln des alltäglichen Zusammenlebens, an Traditionen oder Lebensstile? Und wenn ja, an welche?

Die GRÜNEN und Teile der SPD verneinen, dass es so etwas wie eine kulturelle Anpassungspflicht für Zugewanderte gibt. Union und AfD bejahen dies. Auch Mehrheiten in der Bevölkerung fordern allen Umfragen zufolge, dass Flüchtlinge nicht nur die Gesetze einhalten, sondern sich auch kulturell anpassen sollen; be-

merkenswert ist, dass auch die meisten der bei uns lebenden Zuwanderer dieser Meinung sind. Wer so denkt, hat gute Argumente auf seiner Seite: Integration wird schwierig, wenn Flüchtlinge nicht ein Mindestmaß an kultureller Anpassung praktizieren. Warum tun sich Grüne und Teile der SPD so schwer, das zu akzeptieren? Ist es übertriebene Fremdenfreundlichkeit? Hat man Angst, „populistisch“ zu sein? Nicht unbedingt. Es gibt triftige Gründe, kulturelle Anpassungsforderungen an Flüchtlingen abzulehnen. Über allen Forderungen dieser Art hängt nämlich das Damoklesschwert der Verfassungswidrigkeit. Das Grundgesetz sichert allen - auch den Flüchtlingen! - die freie Wahl von Lebensstilen, von alltäglichen Verhaltensweisen oder kulturellen Vorlieben zu. Der Staat darf sie nicht einschränken, es sei denn im Rahmen der Gesetze; auch in Parteiprogrammen wäre es verfassungswidrig. Die Integrationsdebatte steckt hier in einer Zwickmühle zwischen Verfassungsgeboten und Volkes Meinung.

Der SPD-Ortsverein Olympiadorf hat auf seinem Jahresseminar im Juni über neue Wege zur Lösung dieses Dilemmas diskutiert. Harro Honolka schlug vor, von einer unter Sozialwis-

senschaftlern und Verfassungsrechtlern weithin akzeptierte These des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde auszugehen: Der freiheitliche Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selber nicht garantieren kann“.

Diese abstrakte These bedeutet in ihrer Konsequenz, dass man von jedem Bewohner des Landes - auch von Zugewanderten - bestimmte kulturelle Voraussetzungen verlangen darf, sonst funktionieren Staat und Gesetze nicht. Führt man diesen Gedanken weiter, gewinnt man ein Kriterium, welche der vielen denkbaren kulturellen Anpassungsforderungen legitim sind und welche nicht: Legitim sind solche, die für ein gesetzestreuces Verhalten nötig sind; alle anderen müssen toleriert werden. Ein Alltagsverbot der Verschleierung beispielsweise ließe sich so nicht legitimieren, denn zur Förderung eines gesetzestreuen Verhaltens ist es nicht nötig. Hingegen erscheinen andere Anpassungsforderungen gerechtfertigt. Beispielsweise der Verzicht auf eine starke Loyalität gegenüber Familie, Clan oder Stamm, wie sie viele Flüchtlinge mitbringen oder hier ausbilden. Diese Loyalität fördert kriminelles Verhalten, wie falsche Zeugenaussagen, gewaltsame Unterstützung oder Korruption. Die Aufgabe patriarchalischer Männerbilder wäre eine weitere Forderung (auch an manche Deutsche!), denn diese „Kultur“ leistet Formen gewaltsamer Konfliktlösung Vorschub. Wer aber darf solche Anpassungsforderungen stellen? Der Staat nicht, das wäre grundgesetzwidrig, wohl aber die Zivilgesellschaft, jeder von uns. Staatliche Instanzen könnten Anpassungsforderungen dann, etwa in Integrationskursen, mit Hinweis auf ihre zivilgesellschaftliche Herkunft präsentieren.

Dieser neue argumentative Ansatz sollte in der SPD weiter diskutiert werden. Damit würde die SPD keineswegs ausländerfeindlichen Parolen hinterherlaufen. Im Gegenteil,

Zum Verfasser:

Dr. Harro Honolka, Soziologe, ehemals Leiter von Student und Arbeitsmarkt/Career Service der LMU München („Die Brücke in die Beschäftigung“), setzt sich seit den 80er Jahren wissenschaftlich mit dem Thema Nationale Identität und Integration von Zugewanderten auseinander und ist seit 2010 in der Flüchtlingsbetreuung aktiv.



Wenigstens eine Hausnummer haben sie schon

Die Demo

sie würde ihnen ein eigenes Konzept entgegensetzen: Anpassungsforderungen würden verfassungskonform begründet und auf das umstrittene Konstrukt einer „Leitkultur“ verzichtet. Von den Flüchtlingen würden nur einsehbare und nicht zu viele Anpassungen verlangt, die im Übrigen auch für Deutsche gelten, was wichtig für ihre Akzeptanz ist.

Die Diskussion dieser Überlegungen im Ortsverein verlief kontrovers, aber sachlich. Lenkt die allzu intensive Diskussion der kulturellen Anpassung nicht von wichtigeren Themen wie Rente oder Wohnen ab? Die Nichtbehandlung der Anpassungsfrage durch die Politik würde andererseits Überfremdungsängste nähren, die Wasser auf die Mühlen der AfD sind. Einig war man sich darüber, dass alle Anpassungsforderungen in ein „positives Narrativ“ von Einwanderung eingebettet sein müssen.

Diskutieren Sie mit, ich freue mich über Kommentare unter harro.honolka@gmx.de !

Am Sonntag, 22. Juli 2018, beteiligte ich mich an der Demo #ausgehetzt.

Ich wollte die ganze Strecke mitlaufen und traf gegen 13 Uhr am Goetheplatz ein. Es regnete in Strömen. Ich hatte einen soliden Schirm dabei und eine Regenjacke.

Die U-Bahn war schon sehr voll gewesen und am Goetheplatz stand eine unüberschaubare Menschenmenge. Wir warteten geduldig, dass es bald losgehen würde, was fast eine halbe Stunde ausmachte, denn es quollen weiterhin Massen aus den U-Bahnen.

Ich blickte mich um, viele junge Leute, Familien mit Kinderwagen und Kindern im Schulalter, viele ältere Menschen, wenig Ausländer. Ich unterhielt mich mit einigen Teilnehmern. Die meisten

kamen, ohne zu einer der Veranstaltergruppen zu gehören. Sie waren es einfach leid, dass auf Kosten der Flüchtlinge Hasspolitik gemacht worden war. Eine ältere Dame sagte: „Was wir hier tun ist ganz normale Bürgerpflicht.“ Die Stimmung war sehr positiv, man



#ausgehetzt

lächelte sich an, nahm Rücksicht aufeinander, obwohl man sich ja gar nicht kannte. Man hatte aber dasselbe Anliegen: Der rechten, eingrenzenden Politik mit ihrem niederträchtigen Vokabular Paroli zu bieten.

Ich konnte einige kirchliche Gruppierungen entdecken, wie die Caritas oder Pax Christi.

Ich notierte mir einige Slogans, die die Leute auf Kartons geschrieben hatten und in die Luft hielten. Neben den üblichen „München ist bunt“ Plakaten, konnte ich lesen:

Statt Hass a Mass.

Fürchtet euch nicht!

Kein Mensch ist illegal.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wo bleibt das Christliche

in der Politik?

Wir lassen uns

nicht aufhetzen!

Jeder Mensch ist wichtig!

Am Gewerkschaftshaus wurde die „Internationale“ gesungen:

Erkämpft das Menschenrecht!

Es dauerte fast zwei Stunden, bis wir am Königsplatz ankamen. Man hatte das Gefühl, der Platz sei voller Menschen, aber wir waren ja ziemlich zu Beginn der Demo losgezogen, und nach uns kamen immer noch mehr Menschen.

Es war eine gute Stimmung, aber meine Freundin, die ich zufälligerweise unterwegs getroffen hatte, und ich hatten das Bedürfnis auf eine Tasse Kaffee. Wir hörten noch einigen Rednern, unter anderem unserem Oberbürgermeister, und der Musik zu, um uns bald aus der Menschenmasse zu herauszuwinden.

Ich bin sehr froh, dass ich dabei gewesen bin. Ich habe gemerkt, dass so eine gemeinsame Veranstaltung verbindet.

Uta Strey



Reinhard Zebhauser
Internist - Kardiologe
Hausärztliche Versorgung
Tel. 089 351 66 51
Fax. 089 351 52 21
Mail r.zebhauser@t-online.de
Straßbergerstrasse 2
80809 München
www.arztpraxis-zebhauser.de



Hilfe im Alt-Tag

Auch das ist Integration

Viel ist in den letzten Wochen über Integration und deutsche Identität diskutiert worden. Bis hin, welches Verhalten von einem Nationalspieler erwartet werden darf.

Wie beurteilt man aber das Verhalten von Top-Verdienern, wie dem einstigen VW-Vorstandschef Martin Winterkorn. Wenn immer wieder berichtet wird, welch komplizierte Modelle praktiziert werden, um Steuern zu sparen. Ob es sich um rechtlich illegale oder einfach nur lohnende Steuertricks handelt, ist oft schwer zu ermitteln. Wieso bringen es diese Großverdiener nicht übers Herz, ihr Einkommen voll zu versteuern und so zu zeigen: seht her, ich gebe meinen Anteil an die Gesellschaft zurück, die durch den Kauf meiner Produkte meinen Verdienst erst möglich gemacht hat.

So kann man zeigen: ich bin in diese Gesellschaft integriert! Bei den -im Vergleich zu Durchschnittsverdienern- oft nicht mehr zu verstehenden Einkommenshöhen, bleibt ja selbst beim Spitzensteuersatz noch viel übrig.

Jochen Erdmann

Es gibt auch bei uns im Olympischen Dorf alte und einsame Menschen, die sich nur manchmal an uns Dorfsenioren wenden, sei es, dass sie ihre Angelegenheiten lieber alleine regeln wollen, sei es, dass sie über unsere Arbeit nichts wissen.

Wir möchten hier noch einmal darauf hinweisen, dass wir als gemeinnütziger Verein Hilfe anbieten, wenn die Beschwerden des Alters überhand nehmen. Unsere Helfer gehen einkaufen, begleiten zum Arzt oder auf Behörden und geben Informationen, was für Hilfen im Alter es gibt.

Seit etwa 5 Jahren gibt es die präventiven Hausbesuche, von der Stadt München initiiert.

Bei einem präventiven Hausbesuch werden ältere Menschen frühzeitig zu Angeboten der Altenhilfe und zu Fragen rund um das Alter beraten. Dies unterstützt sie dabei, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können. So wissen z.B. nur Wenige, dass ein Treppenlift auch an der Wendeltreppe einer Maisonette-Wohnung im Dorf gebaut werden kann und dazu noch bezuschusst wird, wenn man eine Pflegestufe hat.

Im ASZ Milbertshofen führt Frau Kaupp diese Hausbesuche durch.

Wir Dorfsenioren sind im engen Kontakt zum ASZ und haben Frau Kaupp zu einem unserer regelmäßig stattfindenden Kaffeenachmittage eingeladen, damit sie uns über ihre Arbeit informieren kann.

Wenn Sie mehr über unseren Verein wissen wollen, unsere Flyer liegen in den Apotheken und in unseren Arztpraxen auf.

Uta Strey

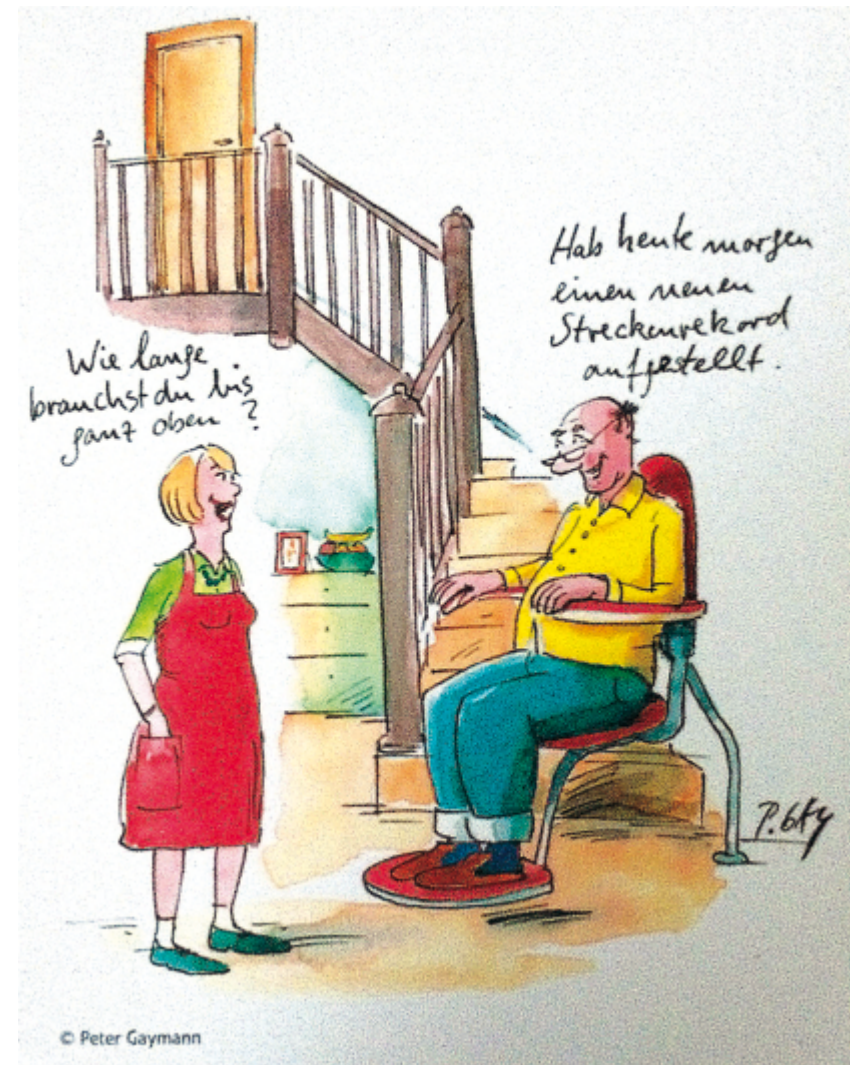




Photo und Bericht: Brigitte Voit

Stadtteilspaziergang durch Oberwiesenfeld am 7. September 2018

Ruth Waldmann, MdL und Simone Burger, Stadträtin, stellten gut 60 Interessierten **das neue Stadtquartier Oberwiesenfeld** vor. Dieses gehört, wie das Olympische Dorf auch, zum Bezirk 11 Milbertshofen-Am Hart.

Auf dem ehemaligen Gebiet der Knorrbremse hat die Bayerische Hausbau ca. 350 Wohnungen errichtet. Der dritte Bauabschnitt wurde nach den städtischen Vorgaben der **Sozialgerechten Bodennutzung** (SoBoN) gebaut, d.h. die Investoren müssen einen Beitrag zur Infrastruktur leisten, die so ein Neubaugebiet braucht (hier eine Kindertagesstätte). Und der Bauherr darf nicht nur hochpreisigen Wohnungsbau schaffen, sondern 20% der 350 Wohnungen müssen sozial gefördert und 20% preisgedämpft (KMB und München-Modell). Für die SoBoN hat die SPD lange gekämpft und seit 1994 durchgesetzt.

Das Entrée werden in Zukunft zwei hohe Türme prägen, das fast fertige MO 82

(Hotel und Boardinghouse) und das neue MO 80 (Gewerbe). Das Oberwiesenfeld war immer als Gewerbegebiet ausgewiesen, daher gilt dort keine Höhenbeschränkung. Eher ungewöhnlich ist, dass doch noch das Gebiet für den oben beschriebenen Wohnungsbau umgewidmet wurde, was dem knappen Wohnungsmarkt in München geschuldet ist.

Auf dem Gelände befindet sich noch die Adolf-Kolping Berufsschule und Richtung Bahngleis wird gerade eine Grünfläche als Ausgleichsfläche angelegt.

Das Oberwiesenfeld war immer als Gewerbegebiet ausgewiesen. In den Planungen wurde entschieden, dass nicht mehr alles Gewerbefläche werden soll, was dem knappen Wohnungsmarkt in München geschuldet ist.

Simone Burger stellte das neue Viertel kenntnisreich vor. Es ergaben sich viele Möglichkeiten, Fragen zu stellen und Bewohner der beiden Viertel hatten Gelegenheit, sich kennenzulernen.



Christina Hörl aus dem Bezirkstag Oberbayern



hältnisse im ganzen Bezirk zu schaffen. Als SPD-Fraktion setzen wir uns z.B. für eine flächendeckende Inklusion in Kultur, Schule und Wohnen ein. Eine individuelle, personenzentrierte Beratung ist uns wichtig und ebenso die Unterstützung verschiedener Kulturformen.

Unser Motto: Um Inklusion wirklich durchsetzen zu können, bedarf es nicht nur dem Abbau von Barrieren im Alltagsleben, sondern auch „in den Köpfen“ der Menschen.

Ganz neu ist (wie Sie sicherlich den Medien entnommen haben), dass der Bezirk Oberbayern als überörtlicher Sozialhilfeträger neben der stationären nun auch die ambulante Hilfe zur Pflege übernimmt (in München ab dem 1. Januar 2019). Die SPD-Fraktion setzt sich hier für eine schnelle und sichere Unterstützung nach individueller Beratung ein und fordert Leistungen nach offenen, nachvollziehbaren und gerechten Kriterien.

Der Bezirksjugendring als Interessenvertretung der Jugendverbände und Jugendringe in Oberbayern unterstützt die Entwicklung von

Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlicher und sozialer Persönlichkeit. Hier fordert die SPD-Fraktion in der „Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit“ (der ich angehöre) eine vollwertige Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

am gesellschaftlichen Leben, inklusive Jugendarbeit für Menschen mit und ohne Behinderung sowie politische Bildung und den Ausbau der Medienfachberatung.

Es gäbe noch viel zu berichten. Wenn Sie mehr über mich oder den Bezirkstag von Oberbayern wissen möchten, schicken Sie mir doch eine E-Mail, dann sende ich Ihnen gerne Informationsmaterial zu

christina.hoerl@t-online.de

Seit 5 Jahren bringe ich mein Engagement und meine sozialpolitischen Erfahrungen in den Bezirkstag von Oberbayern ein. Ich würde gerne weiter für Sie dort eine starke und kompetente Vertreterin sein und bitte Sie deswegen um Ihr Vertrauen. Bitte gehen Sie am 14. Oktober zum Wählen – oder nutzen Sie die Briefwahl.

Vielen Dank

Ihre

Christina Hörl

Bezirksrätin im Bezirkstag
von Oberbayern

Dass am 14. Oktober 2018 wieder die Landtagswahlen anstehen, wissen fast alle. Dass aber gleichzeitig auch wieder der Bezirkstag von Oberbayern gewählt wird, ist vielen Wählerinnen und Wählern nicht so bekannt.

Aufgabe des Bezirks ist es, die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Daseinsvorsorge in allen Regionen Oberbayerns sicherzustellen und damit gleichwertige Lebensver-

Thomas Niederl Immobilien Seit fast 40 Jahren Ihr Makler im Olympiadorf Thomas Niederl M.A. Verkauf - Vermietung	
Helene-Mayer-Ring 14 Ladengeschäft 80809 München	
tel. ++49-89-3513440 u. -3510594 fax. ++49-89-3510386 thomas@niederl-immobilien.de www.niederl-immobilien.de	

Impressum

■ olympiadorf aktuell
102. Ausgabe

Oktober 2018, Auflage 4.000

Herausgeber:

SPD-Ortsverein

Olympiadorf

www.spd-olympiadorf.de

Redaktion:

Peter Schädlich (verantw.)

Nadistr. 137

80809 München

Mitglieder der Redaktion:

Burger, Simone

Erdmann, Jochen

Esche, Philipp

Lindner-Schädlich, Constanze

Strey, Uta

Voit, Brigitte

Wasner, Stephan

Anzeigen

Strey, Uta

Layout und Produktion

Esche, Philipp

Druck:

Onlineprinters GmbH

www.diedruckerei.de

Stefan Wasner



aus dem Bezirksausschuss 11

Sport im Olympiapark

Der Olympiapark München spielt sowohl für den Breitensport im Münchner Norden, als auch für professionelle Sport-Events eine wichtige Rolle.

Bei seiner ordentlichen Sitzung im Juli 2018 hat der Bezirksausschuss 11 / Milbertshofen – Am Hart, zu dem auch das Olympische Dorf und große Teile des Olympiaparks gehören, beschlossen, zahlreiche Sportvereine in unserem Stadtbezirk bei Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Konkret unterstützt der Bezirksausschuss einstimmig über alle Parteien hinweg das von der Landeshauptstadt München aufgelegte Sportbauprogramm. Besonders relevant für das Olympische Dorf ist hierbei die im Programm enthaltene Sanierung und Erweiterung der städtischen Sportanlage an der Moosacher Str. 99, die von der Fußballabteilung des SV-Olympiadorf München genutzt wird. Die betreffenden Baumaßnahmen (Neubau eines Kunstrasenplatzes und eines Sportbetriebsgebäudes) sind aktuell im Gange. Nach ihrem Abschluss werden sie auch vielen Fußballspielern aus dem Olympischen Dorf zu Gute kommen, die im Verein Mitglied sind.



Wir

- sind für gesunde, unbelastete Lebensmittel und artgerechte Tierhaltung
- haben ein ständig wachsendes Sortiment
- sind offen für Kundenwünsche

Helene-Mayer-Ring 17 • 80809 München

Darüber hinaus befassen sich die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bezirksausschuss 11 (BA) auch mit der zunehmenden Anzahl kommerziell durchgeführter großer Sport-Events im Olympiapark, die nicht in den klassischen Wettkampfarenen wie z.B. Olympiastadion und Olympiahalle, sondern auf den Wegen und Plätzen des Parks stattfinden. Somit müssen Anwohner/innen und Breitensportler immer öfter mit deren Sperrung leben. Im Juli 2018 nahm der BA 11 Stellung zu einem Outdoorsportfestival, das im kommenden September im Olympiapark auf dem Coubertinplatz stattfinden wird. Dabei stimmten die drei Olympiadörfler der SPD-Fraktion im BA zusammen mit einzelnen weiteren SPD-Bezirksausschussmitgliedern gegen die Veranstaltung. Wegen der ansonsten breiten Zustimmung, vor allem der anderen Parteien, erhielt das Event aber trotzdem die Unterstützung des BA 11.

Zusätzlich setzt sich die SPD-Olympiadorf mit ihren BA-Mitgliedern dafür ein, dass während großer Events die Nutzung des Parks für die Allgemeinheit so wenig wie möglich beschränkt wird. Ein bereits in der SPD-Fraktion des Bezirksausschuss diskutierter Vorschlag ist ein permanent freier Durchgang im Olympiapark, den die Veranstalter für dessen Anwohner/innen nicht absperren dürfen.

SCHUPP IMMOBILIEN

Inh. Renate Schupp

Connollystr. 24
80809 München

Telefon: (089) 351 92 89
Schuppimmobilien@aol.com



Dr. Birgid Merk - Dr. Sabine Odenthal

Helene-Mayer-Ring 14
80809 München
fon 089-3519081
fax 089-3542139

Arzneimittel und Medizinprodukte
Phytotherapie, Homöopathie,
Arzneitees, Bachblüten, Schüssler
Salze, Haut- und Körperpflege,
Kosmetik, Inkontinenzprodukte,
Kompressionsstrümpfe,
Orthomolekulare Therapie,
Ernährungsberatung.

Haben Sie Fragen?
Wir beraten Sie gern.



Täglich frisches Obst und Gemüse
OLYMPIA FRUCHTHAUS
Familie Kas Helene-Mayer-Ring 15

Unsere Bürgermeisterin Christine Strobl aus dem Rathaus



Liebe Leserinnen und Leser,

als Bewohnerinnen und Bewohner des Olympiadorts haben Sie sicherlich eine ganz besondere Beziehung zum Olympiapark und seinen Anlagen. Denn auch Sie füllen den Park regelmäßig mit Leben, egal ob durch ambitionierte sportliche Betätigung oder einen entspannten Besuch in der Freizeit, vielleicht mit Freunden aus Nah und Fern. Für Sie und mich stellt der Park mit seinem weltberühmten Zeltdach und den Außenanlagen nicht nur eine touristische Attraktion dar – für uns ist das 85 ha große Areal ein Stück Heimat.

Seit 1972 wurden insgesamt 211 Mio. Besucherinnen und Besucher bei ihrem Besuch im Olympiapark registriert, davon alleine 30 Millionen Gäste bei Veranstaltungen in der Olympiahalle (Stand: 31.12.2017). Dies stellt die Olympiapark München GmbH vor bedeutende Aufgaben. Die damit verbundenen baulichen Maßnahmen sind wegen ihrer Komplexität regelmäßig mit hohen finanziellen Kosten verbunden. So muss sich der Stadtrat der Landeshauptstadt München derzeit Gedanken über den Umfang der Sanierung des Olympiastadions machen. Auch die Entscheidung über die Einrichtung

eines Museums, gegebenenfalls in Form eines Besucherzentrums, muss getroffen werden. In enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München werden zudem die Planungen zur Sanierung des Olympiaturms vorangetrieben. Abgeschlossen werden kann in Kürze die Sanierung der Olympiahalle, die seit nunmehr 12 Jahren im laufenden Betrieb Stück für Stück durchgeführt wurde.

Im Juli 2018 hat der Stadtrat bereits die Weichen für den Bau der geplanten multifunktionalen Sportarena für Eishockey und Basketball auf dem Gelände des ehemaligen Radstadions gestellt. Nach Abschluss des Realisierungswettbewerbs im Herbst 2018 und der baulichen Planungen wird die neue Halle voraussichtlich im Jahr 2021 eröffnen.

Bei den anstehenden Sanierungen gilt es auch in Zukunft, den Olympiapark in seiner ganzen Schönheit zu erhalten. Mit ausgewählten und innovativen neuen Projekten kann es aber gelingen, die Maßstäbe, die der Park bei seiner Eröffnung zu den Olympischen Spielen 1972 gesetzt hat, weiterhin hochzuhalten.

Herzliche Grüße aus dem Rathaus

Ihre

Christine Strobl

Informieren Sie sich über aktuelle Themen auf unserer Webseite.

→ spdolympiadort.de

Start
News
Termine
Ortsverein
Kontakt

spdolympiadort.de

Herzlich willkommen bei der SPD Olympiadort

[Über uns](#)

Unsere Abgeordneten für den Bundestag

[Zur Übersicht](#)

Unsere Abgeordneten für den Bundestag

Mitglied werden in der SPD

[Jetzt reist!](#)

Ihr Versicherungspartner
im Olympiadort

Hubert-Christian Volk
Generalagentur

Helene-Mayer-Ring 10 · 80809 München
Telefon (0 89) 89 74 48 30
Telefax (0 89) 89 74 48 31
www.volk.vkb.de

VER SICHER UNGS
KAMMER
BAYERN

Wir versichern Bayern.